

## Beobachtungen zur Thematisierung der Kommunikation in deutschen Strafprozeßordnungen des 19. und 20. Jahrhunderts

### Inhaltsübersicht

1. Sprachgeschichtsschreibung und Kommunikationssituationen
2. Sprachgeschichtliches Material und Fragestellung
3. Entstehungsgeschichte und Publikationsrahmen
4. Verhaltens- und Sprachseite
5. Thematisierung der Kommunikation
  - a) Bezeichnung der Kommunikationssituation
  - b) Sprecheranwesenheit und Sprechernennung
  - c) Sprechaktbezeichnungen
  - d) Textsortenbezeichnungen

### 1. Sprachgeschichtsschreibung und Kommunikationssituationen

Fragt man nach der Geschichte des Sprachverhaltens als kommunikativen Verhaltens, wird es unerlässlich sein, nach Kommunikationssituationen zu unterscheiden.<sup>1</sup> Erst eine Differenzierung nach z.B. Verkaufsgespräch, politischer Verhandlung, Predigt, Familiengespräch, Polizeibericht, Beichtgespräch, Salonkonversation wird eine Geschichte des so konzipierten Sprachverhaltens sinnvoll modellieren können.

Die Kommunikationssituation "Gerichtsverhandlung" eignet sich für eine entsprechende Untersuchung besonders gut

- a) wegen der sozialen Streuung der beteiligten Sprecher,
- b) wegen der relativ hohen Konstanz seit den Anfängen der deutschen Sprachgeschichte, wie sie sonst nur im religiös-kultischen Bereich anzutreffen ist, einer Konstanz, die – anders als vielleicht in der Presse, dem fachwissenschaftlichen Sprechen oder der politischen Rede – eine gute Vergleichbarkeit der jeweiligen synchronen Schnitte ermöglicht,
- c) wegen der öffentlichen Relevanz dieses Sprachverkehrs, der in der neuen Verfassungsgeschichte im Bereich der dritten Gewalt auf die Gestaltung des Soziallebens Einfluß hat. (Statt von einer "Effektivität des Rechts", wie ein Titel eines rechtssoziologischen Jahrbuchs heißt<sup>2</sup>, ließe sich in diesem Zusammenhang von einer "Effektivität" der Kommunikationssituation "Gerichtsverhandlung" sprechen.)

## 2. Sprachgeschichtliches Material und Fragestellung

Wegen der für einen Nicht-Juristen nicht leicht durchschaubaren Vielfalt von Prozeßarten ist es sinnvoll, sich auf einen Verhandlungstyp zu beschränken. Ich möchte die Strafverhandlung herausgreifen, da sich durch das 19. Jh. hindurch bis heute die juristische Öffentlichkeit immer wieder mit ihr auseinandergesetzt hat, was im Hinblick auf die Zivilverhandlung nicht im selben Maße der Fall ist.

Wenn man von der gegenwärtigen Möglichkeit von Tonbandaufnahmen und deren genauer Transkription absieht, so sind uns sprachliche Quellen zur Geschichte der Strafverhandlung greifbar in unterschiedlichen schriftlichen Textsorten:

1. Strafprozeßordnungen
2. Gerichtsakten
3. Gerichtsreportagen und Veröffentlichungen von Anwaltsreden
4. verfahrensrechtliche Literatur (z.B. Lehrbücher zum Strafprozeß)
5. verfahrenskritische Literatur (z.B. Veröffentlichungen zur Debatte um Mündlichkeit, Öffentlichkeit, Geschworenengericht und Anklageprinzip im 19. Jh. oder – gegenwärtig – um die Benachteiligung des Unterschichts-Angeklagten und die Gefährdung des rechtlichen Gehörs im Strafprozeß)
6. Literatur zur praktischen Juristenausbildung (z.B. Anleitungen zur Abfassung von Urteilen, zur Durchführung der Hauptverhandlung).

Aus diesen Materialgruppen möchte ich die Prozeßordnungen herausgreifen, da sie die Beziehungsgrundlage für das Verstehen jeder anderen Darstellung einer Gerichtsverhandlung und außerdem leicht zugänglich sind und schließlich explizit das kommunikative Geschehen thematisieren durch die Verwendung von sprechaktbezeichnenden Ausdrücken, wie sie in keiner der anderen Materialgruppen so konzentriert vorkommen.

Aufgrund dieser Materiallage wird der – sozusagen – “semasiologische” Weg<sup>3</sup> der Erschließung des Kommunikationsgeschehens eingeschlagen: Von den sprachlichen Ausdrücken ausgehend, wird versucht, zu den kommunikativen Einheiten und deren Sequenzierung und Variation vorzustoßen. Selbstverständlich ist wie für alle semasiologischen Arbeiten ein onomasiologisches tertium comparationis notwendig<sup>4</sup>, das in diesem Falle mit der Kommunikationssituation “Gerichtsverhandlung” als gegeben angesehen wird und nicht weiter problematisiert werden soll. Problematisiert werden muß demgegenüber die Binnengliederung der Kommunikationssituation. Neuere Arbeiten zur Sprache der Gerichtsverhandlung<sup>5</sup> lassen erkennen, daß geeignete Analyseeinheiten fehlten, die über äußere Merkmale wie z.B. phonologische oder lexikalische (z.B. Gebrauch von *bitte*) hinausgehen, andererseits aber genügend gehaltvoll, sachangemessen und

überprüfbar zugleich sind und nicht nur innerhalb eines bestimmten, eigenwilligen Kommunikationsentwurfs Geltung haben sollten, wie z.B. bei Tausch/Langer<sup>6</sup>.

Im Folgenden soll an Hand von Strafprozeßordnungen über die darin vorgenommene Thematisierung der Kommunikation auf die Kommunikationsstruktur der Strafverhandlung geschlossen werden. Behandelt werden sollen dabei die badischen Prozeßordnungen des 19. Jh., die Reichsstrafprozeßordnung und die gegenwärtigen Strafprozeßordnungen der Bundesrepublik und der DDR. Der Beginn dieser Reihe um ca. 1800 ist dadurch gerechtfertigt, daß nach der Französischen Revolution sich auch in Deutschland eine allmähliche, aber grundlegende Umgestaltung des Strafverfahrens zu seiner noch heute gültigen Form vollzogen hat.

Die Heranziehung badischer Prozeßordnungen für die Zeit vor der Reichsgründung ist zwar willkürlich, aber auch insofern exemplarisch, als der historische Prozeß in den anderen deutschen Teilstaaten mit geringer Phasenverschiebung ähnlich verlaufen ist (z.B. in Preußen).

### 3. Entstehungsgeschichte und Publikationsrahmen

Seit der Peinlichen Gerichtsordnung Karls V. von 1532 herrschte im Deutschen Reich das Strafverfahren des Gemeinen Prozesses, so auch in den badischen Markgrafschaften.<sup>7</sup> Nach deren Vereinigung zum Kurfürstentum 1803 wurde auf der Grundlage der "Carolina" von Kurfürst Karl Friedrich am 4.4.1803 das 8. Organisations-Edikt, "Die Verwaltung der Strafrechtspflege betreffend", erlassen.<sup>8</sup> Es erschien zunächst nur im Regierungsblatt, zwanzig Jahre später mit Zusätzen<sup>9</sup> auch in Buchform. Die 100 Paragraphen des Strafedikts enthalten wie die Halsgerichtsordnung von 1532 materielles und formelles Strafrecht (d.h. Ausführungen über Delikte und ihre Bestrafung wie auch Verfahrensvorschriften) und sollten die "herkömmlich mildere Anwendungsart der älteren Gesetze" (gemeint sind die "Carolina" und regionale Strafgesetze) sichern.<sup>10</sup> Das Straf-Edikt von 1803 sollte ein "provisorisches Normativ"<sup>11</sup> sein, blieb aber bis 1851 in Kraft.

Demgegenüber wurde seit dem ersten badischen Landtag 1818/19 die Forderung laut nach Trennung der Justiz von der Verwaltung und Ablösung des geheimen und schriftlichen Verfahrens durch das öffentliche und mündliche.<sup>12</sup> Das Ergebnis dieser Debatten war 1819 die Einsetzung einer Rechtsgesetzgebungskommission, die bis 1837 tagte und schließlich 1835 der Regierung den Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung vorlegte. Nach verschiedenen Modifikationen und Kompromissen wurde 1845 dieser Entwurf von beiden Kammern angenommen. Die neue Strafprozeßordnung

wurde am 6.3.1845 vom Großherzog "mit Zustimmung Unserer getreuen Stände" "beschlossen und verordnet".<sup>13</sup> Diese Strafprozeßordnung, die wegen der revolutionären Ereignisse der Jahre 1848/49 nicht in Kraft getreten ist, war die fortschrittlichste in den Staaten des Deutschen Bundes, insofern sie das Inquisitionsverfahren des Gemeinen Prozesses durch eine Reform in Richtung auf das Anklageverfahren gemäß französischem Muster ablöste.

Erst 1851 traten diejenigen Bestimmungen, die ohne Veränderung der Gerichtsverfassung durchgeführt werden konnten, in Kraft. Die Prinzipien der Strafprozeßordnung von 1845 wurden ohne Einschränkungen Gesetz erst in der Strafprozeßordnung von 1864, die der Großherzog am 18.3. 1864 mit einer nahezu gleichlautenden Publikationsverordnung wie 1845 und 1851 verkünden ließ.<sup>14</sup>

Die Reichsstrafprozeßordnung von 1877, verkündet mit der Formulierung "Wir Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstags, was folgt"<sup>15</sup>, zeigt starke Ähnlichkeiten mit der badischen Strafprozeßordnung von 1864.<sup>16</sup> Der Grundgehalt der Strafprozeßordnung ist bis zur gegenwärtig für die Bundesrepublik Deutschland gültigen Fassung gleichgeblieben; seit der Weimarer Zeit ist allerdings die monarchische Publikationsverordnung weggefallen.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik hat die DDR seit 1952 und verstärkt nach dem Rechtspflegeerlaß von 1963 ihre Strafprozeßordnung in wesentlichen Teilen, darunter auch in dem Abschnitt über die Hauptverhandlung, geändert und dem Strafverfahren einen neuen Sinn zu geben versucht, was sich – im Unterschied zur Bundesrepublik – auch dadurch äußert, daß dem eigentlichen Text eine Präambel vorangestellt wird. In der Strafprozeßordnung der DDR von 1952 heißt es darin in § 2: "Die erzieherische Aufgabe des Strafverfahrens. Das Strafverfahren soll zur Achtung vor dem sozialistischen Gesetz, zur Achtung vor dem sozialistischen Eigentum, zur Arbeitsdisziplin und zur demokratischen Wachsamkeit erziehen." In der gemäß dem Rechtspflegeerlaß reformierten Strafprozeßordnung von 1963 ist explizit von "erzieherischer Aufgabe" des Strafverfahrens nicht mehr die Rede. Es heißt dort in § 2 (3) vorsichtiger: Das Strafverfahren "trägt ... bei "

" – zum Schutze der sozialistischen Gesellschaftsordnung und ihres Staates und der Rechte und gesetzlich geschützten Interessen der Bürger vor Straftaten;

– zur Gestaltung der sozialistischen Beziehungen der Bürger zu ihrem Staat und im gesellschaftlichen Zusammenleben,

– zur Entwicklung der schöpferischen Kräfte des Menschen und der gesellschaftlichen Verhältnisse.“<sup>17</sup>

Für alle hier zu behandelnden Strafprozeßordnungen seit 1803 gilt, daß der Adressat nicht genannt wird, während als Sprecher bis 1918 der jeweilige Monarch auftritt. Da die Strafprozeßordnungen jedoch ein Verfahren regeln, sind die Adressaten die Verfahrensbeteiligten: Richter, Staatsanwalt, Verteidiger, Schöffe, Angeklagter. Von der Regelung ihrer Beteiligung am Verfahren hängt es ab, ob und in welchem Umfange sie als Adressaten in Frage kommen.

#### 4. Verhaltens- und Sprachseite

Die Untersuchung der gesamten Strafverhandlung mit all ihren Verästelungen soll nicht Aufgabe dieses Beitrags sein. Ich wähle deshalb die Schlußteile der Gerichtsverhandlung zum Vergleich aus: Diese Teile sind für einen Nicht-Juristen überschaubar – anders als die unmittelbar vorhergehende Beweisaufnahme, in die historisch jeweils unterschiedliche Beweistheorien hineinspielen – und zeigen in der Grundstruktur die Abfolge von “Schlußvorträgen”, “Urteilsberatung”, “Urteilsverkündung” (um mit den gegenwärtig gebräuchlichen Termini zu sprechen).

Prüft man, welche Daten aus der Kommunikationsbeschreibung für die Kennzeichnung von Verhaltensseite und Sprachseite im Sinne des Freiburger Sprachverhaltensmodells<sup>18</sup> gewonnen werden können, so ergibt sich folgendes Bild (wobei nur die mündlichen Kommunikationsakte berücksichtigt werden):

In dem vorliegenden Material der Strafprozeßordnungen sind die redekonstellativen Merkmale Öffentlichkeit, Sprecherzahl, Rang der Sprecher und leitende Intention dokumentiert. Vergleicht man die Gerichtsverhandlungen untereinander, so stellen sich die Strafprozeßordnungen ab 1845 als eine geschlossene Gruppe heraus gegenüber dem Verfahren nach dem Straf-Edikt von 1803. Ab 1845 sind die Schlußvorträge (in der Regel) öffentlich und haben mehrere Sprecher; die Urteilsberatung wird nicht-öffentlich durchgeführt, mit einem oder mehreren Sprechern (den Richtern); das Urteil wird öffentlich verkündet von einem Sprecher, dem vorsitzenden Richter. Der vorsitzende Richter ist es auch, der in allen drei Redekonstellationen privilegiert ist.

Demgegenüber sind 1803 das Schlußverhör, die Fassung der Urteile wie auch die im Haupttext des Straf-Edikts nicht erwähnte Eröffnung des Urteils nicht-öffentlich. Die drei Redekonstellationen sind 1803 nicht Teile einer größeren Kommunikationssituation “Schlußverhandlung” oder

“Hauptverhandlung”, sondern sind als selbständig in bezug auf Kommunikationsort und -teilnehmer anzusehen: Die Fassung der Urteile wird nicht vom Untersuchungsrichter vorgenommen, sondern vom Hofgericht aufgrund der Akten; bei der Eröffnung des Urteils ist wiederum keine Kontinuität zu den vorausgegangenen Redekonstellationen gewahrt, denn das Untergericht, das aber nicht mit dem Untersuchungsrichter identisch sein muß, liest den Betroffenen das vom Hofgericht übersandte Urteil vor.

Die beiden Gruppen von Redekonstellationsfolgen, die mit Hilfe der Merkmale Öffentlichkeit, Sprecherzahl und Rang der Sprecher bereits deutlich voneinander getrennt werden können, unterscheiden sich auch in ihren leitenden Intentionen “Inquisitionsprinzip” vs. “Anklageprinzip”, wie sie z.B. im Straf-Edikt auch verbalisiert sind: § 6 “Ein Anklageprozeß (Processus accusatorius) findet in unseren Landen nirgends statt ...” und § 7 “Mithin muß alles was in der peinlichen Halsgerichtsordnung über den Prozeß vorkommt, nur so wie es auf den Untersuchungsprozeß anwendbar ist, verstanden und angewandt werden”.

Hinsichtlich der Sprachseite machen die Kommunikationsbeschreibungen der Prozeßordnungen kaum Angaben; lediglich bei den Ausführungen des Staatsanwalts werden 1845 und 1864 Vorschriften hinsichtlich der Versprachlichung gemacht (Begründung der Anträge 1845 und 1864, Bezeichnung des Gesetzes 1864) und ebenfalls bei der Bestimmung über die Urteilsverkündung in allen Prozeßordnungen. Die Formulierung des Urteils ist in allen Prozeßordnungen an bestimmte Regeln gebunden: Nennung des Ergebnisses, des Verbrechens, der Strafe, der Kostenentscheidung. Darüber hinaus werden ab 1845 die Entscheidungsgründe für das Urteil verlangt, ab 1877 wird zwischen Urteilsformel und Urteilsgründen unterschieden, und ab 1950 in der Bundesrepublik Deutschland und ab 1952 in der DDR ist in die Prozeßordnung aufgenommen worden, daß die Urteile mit dem Ausdruck “Im Namen des Volkes” abgefaßt und verkündet werden sollen. (Ohne daß dieser Ausdruck in der Strafprozeßordnung erwähnt worden ist, ist er bereits nach dem 1. Weltkrieg, wenn auch nicht in allen Ländern des Deutschen Reiches, bis 1934 verwendet worden, von 1934 bis 1945 in der Version “Im Namen des Deutschen Volkes” und nach dem 2. Weltkrieg bis zur Neuregelung der Ausdruck “Im Namen des Rechts”. Die Formel hat ihr Vorbild in dem Ausdruck “Im Namen des Königs”, mit dem in Preußen seit 1850 die Urteile bis 1918 verkündet wurden; daneben verwendete das Reichsgericht bis 1918 den Ausdruck “Im Namen des Reichs”).<sup>19</sup>

## 5. Thematisierung der Kommunikation

### 1. Straf-Edikt Baden 1803 ("Schlußverhör")

§ 17 ... die ... nochmalige Vernehmung der Inquisiten über kurze Fragen, welche das Geständnis derselben oder sonst das Hauptsächlichste ihrer Aussagen über das Verbrechen und über die erschwerenden und mildernden Umstände enthalten und auf welche die Antwort durch Urkundspersonen bezeugt wird; sodann die Befragung: ob der Verbrecher etwas zu seiner Rechtfertigung anzuführen wisse — und er einen Rechtsfürsprecher verlange, der schriftlich seine Verteidigung führe — oder ob er sich allein dem gerechten Erkenntniß der obrigkeitlichen Entscheidungsbehörde überlassen wolle...

§ 18 Die Fassung der Urtheile...

### 2. Strafprozeßordnung Baden 1845 ("Schlußverhandlung")

§ 235 Am Schlusse der Verhandlung werden die Partheien, und zwar zuerst der Staatsanwalt mit seinen Anträgen und deren Begründung, sodann der Angeschuldigte und sein Anwalt mit der Vertheidigung gehört. Dem Angeschuldigten und seinem Anwalt gebührt in jedem Falle das letzte Wort.

§ 241 Am Schlusse der Verhandlung ... schreitet das Gericht alsbald zur Berathung in geheimer Sitzung und zur Fällung und Verkündung des Urtheils.

§ 243 Mit dem Urtheil eröffnet der Präsident zugleich in Kürze das Wesentliche der Entscheidungsgründe, deren nähere Ausführung der schriftlichen Ausfertigung vorbehalten bleibt.

### 3. Strafprozeßordnung Baden 1864 ("Hauptverhandlung")

§ 244 Nach geschlossener Beweiserhebung wird der Staatsanwalt mit seinen Anträgen und deren Begründung, sodann der Angeklagte und sein Anwalt mit der Vertheidigung gehört.

Dem Angeklagten und seinem Anwalte gebührt in jedem Falle das letzte Wort.

Der Staatsanwalt hat in seinem Antrage das Gesetz, dessen Strafandrohung in Anwendung kommen soll, zu bezeichnen; es steht ihm frei, auch hinsichtlich der Strafausmessung einen Antrag zu stellen.

§ 252 Das beschlossene Urtheil wird mit den Entscheidungsgründen sofort in öffentlicher Sitzung verkündet.

§ 300 Mit dem Urtheil eröffnet der Vorsitzende zugleich in Kürze das Wesentliche der Entscheidungsgründe, deren nähere Ausführung der schriftlichen Ausfertigung vorbehalten bleibt.

### 4. Reichsstrafprozeßordnung 1877 ("Hauptverhandlung")

§ 257 Nach dem Beschlusse der Beweisaufnahme erhalten die Staatsanwaltschaft und sodann der Angeklagte zu ihren Ausführungen und Anträgen das Wort.

Der Staatsanwaltschaft steht das Recht der Erwiderung zu; dem Angeklagten gebührt das letzte Wort.

Der Angeklagte ist, auch wenn ein Vertheidiger für ihn gesprochen hat, zu befragen, ob er selbst noch etwas zu seiner Vertheidigung anzuführen habe.

§ 259 Die Hauptverhandlung schließt mit der Erlassung des Urtheils.

§ 267 Die Verkündung des Urtheils erfolgt durch Verlesung der Urtheilsformel und Eröffnung der Urtheilsgründe am Schlusse der Verhandlung. Die Eröffnung der Urtheilsgründe geschieht durch Verlesung oder durch mündliche Mitteilung ihres wesentlichen Inhalts.

#### 5. Strafprozeßordnung BRD 1975 ("Hauptverhandlung")

§ 258 (1) Nach dem Schluß der Beweisaufnahme erhalten der Staatsanwalt und sodann der Angeklagte zu ihren Ausführungen und Anträgen das Wort.

(2) Dem Staatsanwalt steht das Recht der Erwiderung zu; dem Angeklagten gebührt das letzte Wort.

(3) Der Angeklagte ist, auch wenn ein Verteidiger für ihn gesprochen hat, zu befragen, ob er selbst noch etwas zu seiner Verteidigung anzuführen habe.

§ 260 (1) Die Hauptverhandlung schließt mit der auf die Beratung folgenden Verkündung des Urteils.

§ 268 (1) Das Urteil ergeht im Namen des Volkes.

(2) Das Urteil wird durch Verlesung der Urteilsformel und Eröffnung der Urteilsgründe verkündet. Die Eröffnung der Urteilsgründe geschieht durch Verlesung oder durch mündliche Mitteilung ihres wesentlichen Inhalts.

#### 6. Strafprozeßordnung DDR 1968 ("Hauptverhandlung")

§ 238 (1) Nach dem Schluß der Beweisaufnahme erhalten der gesellschaftliche Ankläger, der gesellschaftliche Verteidiger, der Staatsanwalt, der Angeklagte oder sein Verteidiger zu ihren Ausführungen und Anträgen das Wort.

(2) Der Angeklagte ist, auch wenn ein Verteidiger oder ein gesellschaftlicher Verteidiger gesprochen hat, zu befragen, ob er selbst noch etwas zu seiner Verteidigung auszuführen habe.

(3) Dem Staatsanwalt steht das Recht der Erwiderung zu; Verteidiger oder Angeklagter können hierauf ihrerseits erwidern.

(4) Für den gesellschaftlichen Ankläger und den gesellschaftlichen Verteidiger gilt Absatz 3 entsprechend.

§ 239 Dem Angeklagten gebührt das letzte Wort.

§ 240 (1) Der Beweisaufnahme und den Schlußvorträgen folgt die Beratung des Gerichts.

(2) Die Hauptverhandlung schließt mit der Verkündung

1. eines Urteils oder

2. eines Beschlusses über die vorläufige oder die endgültige Einstellung des Verfahrens oder über die Verweisung der Sache an ein anderes Gericht.

§ 246 (1) Das Urteil wird im Namen des Volkes öffentlich verkündet.

(2) Die Verkündung erfolgt durch Verlesung der Urteilsformel und der Urteilsgründe.

Bei der Analyse der Texte unter dem Gesichtspunkt der Kommunikationsthematisierung hätte es auch nahegelegen, Beschreibungsverfahren heranzuziehen, die den Anspruch erheben, eine sachadäquate Metasprache bereitzustellen: so z.B. die Beschreibungsverfahren von R. F. Bales oder neuerdings H. Steger. Abgesehen davon, daß das Textmaterial aus den Strafprozeßordnungen nicht die reale Kommunikation, sondern eine Kommunikationsbeschreibung bzw. -normierung darstellt, erscheint die Inter-



aktionsanalyse von Bales wegen ihrer Bezogenheit auf "Konferenzgruppen"<sup>20</sup> und ihres rigoros funktionalistischen Ansatzes wenig geeignet, das historische Material zu erfassen und ist der Vorschlag zur Intentionenanalyse bei H. Steger<sup>21</sup> gegenwärtig m.E. noch zu sehr der umgangssprachlichen Umschreibung verhaftet, als daß dieses Verfahren ohne Absicherung der Interpretation durch Paralleltexte wie z.B. Gerichtsreportagen, Selbstinterpretationen der Beteiligten in der Kommunikation usw. zu einer nicht zirkelhaften Analyse führen würde.

Aus diesen Überlegungen heraus soll in diesem Zusammenhang nur auf Beobachtungen aufmerksam gemacht werden, die es lohnen würden, systematischer untersucht zu werden, als es gegenwärtig geschehen kann.

#### a) Bezeichnung der Kommunikationssituation

In den herangezogenen Textstellen kommen folgende Bezeichnungen für die Kommunikationssituation vor:

"Schlußverhör" 1803

"Schlußverhandlung" 1845

"Hauptverhandlung" 1864, 1877, 1968, 1975

In diesem Bezeichnungswandel spiegelt sich der Wandel vom Inquisitionsverfahren zum Anklageverfahren.<sup>22</sup> Friedrich Hecker, der badische Hofgerichtsadvokat und Revolutionär von 1848/49, sprach als Abgeordneter des Landtages vom "heimlichen Kriegsverfahren der Inquisition"<sup>23</sup>. Zwar existiert in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits der Terminus "Verhandlung" im Zusammenhang mit dem Strafverfahren, aber nicht als kodifizierter Name für einen bestimmten Abschnitt dieses Verfahrens. So schreibt der bedeutende Heidelberger Rechtsgelehrte und Landtagsabgeordnete C.J.A. Mittermaier in seinem Lehrbuch zum deutschen Strafverfahren 21832/33 von der "Aufnahme von Verhandlungen zu den Akten" und von "erschöpfender Verhandlung"<sup>24</sup>, nennt aber das Kapitel über den betreffenden Verfahrensabschnitt "von der Haupt u n t e r s u c h u n g"<sup>25</sup>. Verbunden mit diesem terminologischen Rahmen "Untersuchung", die gegen den Angeklagten geführt wird, ist eine charakteristische Verteilung des Ausdrucks "Verhör" im Gegensatz zu "Vernehmung": In der eben erwähnten Schrift von Mittermaier ist im Zusammenhang mit dem Angeschuldigten überwiegend von "Verhör" die Rede<sup>26</sup>, im Zusammenhang mit Zeugen dagegen von "Vernehmung"<sup>27</sup>. Dieselbe Distribution läßt sich in H.A. Zachariaes Strafprozeßlehrbuch 1861/68 feststellen.<sup>28</sup>

Mit dem Übergang vom Terminus "Schlußverhör" zu "Schlußverhandlung" ist außerdem der Übergang vom Schriftlichkeitsprinzip zum Mündlichkeits-

prinzip<sup>29</sup> verbunden. Dabei ist unter Schriftlichkeitsprinzip<sup>30</sup> nicht eine ausschließlich schriftliche Kommunikationsform zu verstehen, sondern durchaus ein mündliches Verhandeln, das aber wie beim Angeklagtenverhör und der Zeugenvernehmung in vorformulierten und durchnummerierten Fragen und der Aufzeichnung der entsprechenden Antworten in den Prozeßakten minutiös festgehalten wird nach dem Motto "quod non est in actis, non est in mundo". Das sog. mündliche Verfahren dagegen kommt ohne schriftliche Teile nicht aus: so ist die Anklage schriftlich niedergelegt, der Urteilstenor vor Verkündung schriftlich fixiert und auch ein Protokoll abgefaßt. Dieses Protokoll enthält aber in der Regel keine Wiedergabe des Dialogs.

Zwei Textbeispiele können aus Prozeßakten<sup>31</sup> vor und nach Einführung des Anklage- und Mündlichkeitsprinzips dies verdeutlichen:

Stühlingen d. 11<sup>te</sup> Septbr. 1847

vor

ghl. Bez. Oberamtmann Frey.

In dieser Untersuchungssache

gegen

[...] et Cons.

v. Obereggingen

wegen

Straßenraubs und Teilnahme

hat man zur Vornahme des feierlichen Schlußverhörs mit den Inquisiten Tagfahrt auf heute anberaumt und dazu die beyden verpflichteten Urkundspersonen

Bgrmstr. Ignatz Würth u.

G. Rath Jakob Stadler

von hier beygezogen, sofort den Inquisiten [...] vorführen lassen welchem man allvorderst sämtliche in dieser Untersuchungssache mit demselben vorgenommenen Verhöre vorlas, sofort ihn nach deren Vorlesung befragte, wie folgt:

Fr.

Erkennt ihr die euch so eben vorgelesenen Antworten auf die an euch während der jüngsten Untersuchung dahier wegen Straßenraubs gestellten Fragen als die eurigen u. als richtig zu Protokoll genommene oder was findet ihr an denselben noch beyzufügen, oder abzuändern?

Ich erkenne die so eben vorgelesenen Antworten auf die während der jüngsten Untersuchung dahier wegen Straßenraubs gestellten Fragen nach vollem Inhalte als die meinigen, und als richtig zu Protokoll genommen u. an welchen ich nichts abzuändern oder beyzufügen finde. —

[...]

Fr.

Verlangt ihr einen Anwalt der eure Vertheidigung schriftlich führe, oder wollt ihr euch nach Lage der Untersuchungsacten vertrauensvoll dem gerechten Urtheile des höhern Richters unterziehen?

Ja; ich verlange einen Anwalt,  
der meine Vertheidigung schriftlich führe;  
da ich aber keinen Advokaten kenne, so  
bitte ich das hochpreisl. Hofgericht  
einen solchen für mich zu ernennen u. zwar  
um so mehr als ich auch die Mittel nicht  
besitze einen solchen zu bezahlen indem  
meine Frau erst auf Absterben ihrer noch  
lebenden Eltern das von mir angegebene  
Vermögen erhält.

[...]

Oeffentliche Sitzung  
des Schwurgerichts für den Oberrheinkreis  
Freiburg, den 18<sup>ten</sup> Dezember 1856  
vormittags 9 1/4 Uhr.

Anwesend:

[ 5 Richter, 1 Staatsanwalt, 1 Protokollführer]

In Anklagesachen  
gegen  
[...] von Breisach  
wegen  
Mords.

Der Präsident eröffnete die Sitzung, ließ durch den Protokollführer den Gegenstand der heutigen Tagesordnung ausrufen und die Angeklagte von der Wache begleitet vorführen [... Nach Vernehmung zur Person, Bildung der Geschworenenbank, Verlesung der Anklageschrift:]

Hierauf vernahm der Präsident die Angeklagte ausführlich über den Inhalt der Anklage. Die zur heutigen Verhandlung vorgeladenen 4 Sachverständigen waren von Beginn der Sitzung an zugegen.

[...]

Seinen Grund hat dieser Verzicht auf genaue Protokollierung der einzelnen Äußerungen darin, daß das Gericht aus dem unmittelbaren Eindruck der Gerichtsverhandlung sein Urteil fällen soll wie im schriftlichen Prozeß aus der Kenntnis der Akten. Dies ist der heutigen Strafprozeßlehre sog. "Grundsatz der Unmittelbarkeit"<sup>32</sup>. Er fand bereits in der badischen Strafprozeßordnung von 1845 seinen Niederschlag zu § 241, Satz 2: "Das Gericht hat bei der Urteilsfällung nur auf das Rücksicht zu nehmen, was in der Schlußverhandlung vorgekommen ist."<sup>33</sup>

Dennoch sind die heutige "Hauptverhandlung" und die "Schlußverhandlung" in der Strafprozeßordnung von 1845 in der Berücksichtigung des Grundsatzes der Unmittelbarkeit nicht identisch. In dem maßgeblichen Kommentar zur Strafprozeßordnung von 1845 heißt es bei Bekk 1846<sup>34</sup>: "Alle Beweismittel sollen schon in der V o r u n t e r s u c h u n g benützt, und was dadurch ermittelt wird, s c h r i f t l i c h gemacht werden, so daß in der Schlußverhandlung, wenn gleich dabei manche frühere Aussage erst näher aufgeklärt und vervollständigt wird, in der Hauptsache doch nur dasjenige, was in der Untersuchung bereits erhoben ist, durch den Angeschuldigten, die Zeugen und Sachverständigen, vor dem urteilenden Richter wiederholt und bestätigt oder berichtigt wird." Dieser Kommentar zeigt, daß trotz der eben zitierten Bestimmung aus § 241 der Strafprozeßordnung 1845 die Vorstellung einer abschließenden "Rekonstruktion"<sup>35</sup> aus der Zeit des Inquisitionsprozesses noch lebendig ist. Insofern spiegelt auch der Terminus "Schlußverhandlung" in seiner Wortbildung die Mittelstellung zwischen Schlußverhör und Hauptverhandlung, zwischen Inquisitionsprozeß und Anklageprozeß wider.

#### b) Sprecheranwesenheit und Sprechernennung

Betrachtet man die Auszüge aus den Strafprozeßordnungen, wie sie am Anfang von Teil 5 unter dem Gesichtspunkt der Sprechaktabfolge von den Schlußvorträgen bis zur Urteilsverkündung wiedergegeben worden sind, nun unter dem Aspekt der Sprechernennung, so ergibt sich folgende Übersicht, wenn man der Sprechernennung in der Strafprozeßordnung die tatsächliche Sprecheranwesenheit gegenüberstellt:

StPO	Sprecheranwesenheit <sup>36</sup>	Sprechernennung
1803 Schlußverhör	R (2 Urkundspersonen) <sup>37</sup> A	(Urkundspersonen) Inquisit, Verbrecher Rechtsfürsprecher, Hof- gerichtsadvokat
Fassung der Urteile	mindestens 4 R	Hofgericht, obrigkeitliche Entscheidungsbehörde

StPO	Sprecheranwesenheit	Sprechernennung
1845 Schlußverhandlung		
a) Schlußvorträge	1 – 6 R S A V	– Staatsanwalt Angeschuldigter Anwalt Gericht
b) Urteils- beratung	1 – 6 R	} Parteien
c) Urteils- verkündung	vorsitzender R	
1864 Hauptverhandlung		
a) Schlußvorträge	1 – 5 R S A V	– Staatsanwalt Angeklagter Anwalt
b) Urteils- beratung	1 – 5 R	–
c) Urteils- verkündung	vorsitzender R	Vorsitzender
1877 Hauptverhandlung		
a) Schlußvorträge	1 – 5 R S A V	– Staatsanwaltschaft Angeklagter Verteidiger
b) Urteils- beratung	1 – 5 R	–
c) Urteils- verkündung	vorsitzender R	–
BRD 1975 Hauptverhandlung		
a) Schlußvorträge	1 – 5 R S A V	– Staatsanwalt Angeklagter Verteidiger
b) Urteils- beratung	1 – 5 R	–
c) Urteils- verkündung	vorsitzender R	–

StPO	Sprecheranwesenheit	Sprechernennung
DDR 1968 Hauptverhandlung		
a) Schlußvorträge	1 – 3 R gesellsch. Ankläger gesellsch. V S A V	– gesellsch. Ankläger gesellsch. V Staatsanwalt Angeklagter Verteidiger
b) Urteilsberatung	1 – 3 R	Gericht
c) Urteilsverkündung	vorsitzender R	–

Im Anschluß an das unter 5 a) zur Bezeichnung der Kommunikationssituation Gesagte fällt auf, daß parallel zu der Reihe

Schlußverhör (1803) – Schlußverhandlung (1845) –  
Hauptverhandlung (1864)

die Rolle des Angeklagten bezeichnet wird mit Inquisit/Verbrecher (1803) – Angeschuldigter (1845) – Angeklagter (1864). Unter "Verbrecher" wird um 1800 verstanden "eine Person, welche ein Verbrechen begangen, muthwillig wider ein mit schwerer Strafe verbundenes Gesetz gesündigt hat"<sup>38</sup>. Abgesehen von dem Merkmal "Sünde" ist dies die auch heute noch gültige Bedeutung. Im Straf-Edikt von 1803 wie in anderen Inquisitionsprozeßordnungen wie der "Constitutio Criminalis Theresiana" von 1768 oder der Josephinischen "Allgemeinen Kriminal-Gerichtsordnung" von 1788 kommen die Ausdrücke "Verbrecher", "Inquisit", "Untersuchter", "Beschuldigter", "beschuldigte Person" vor, und zwar synonym, vorausgesetzt, die Straftat ist gleich schwerwiegend. Diese sorglose Synonymie, bei der der zu Verurteilende vor dem Urteil bereits als Verbrecher gilt, war für die Reformbestrebungen des 19. Jahrhunderts unhaltbar, besonders im Vergleich zum französischen und englischen Kriminalprozeß.<sup>39</sup> Um die Gleichsetzung Inquisit/Verbrecher vor der Verurteilung zu verstehen, muß man beachten, daß aus der Carolina von 1532, auf die sich das Straf-Edikt bezieht, als Ziel des Inquisitionsprozesses das Geständnis des Inquisiten übernommen worden ist. Insofern könnte eine gewisse Absicht darin liegen, den Terminus "Verbrecher" in unserem Text erst zu verwenden, nachdem der Inquisit sein Geständnis abgelegt hat (bzw. ein gleichwertiger Ersatzbeweis geliefert worden ist); gegen diese möglicherweise bewußte Terminologisierung sprechen aber die vielen Stellen mit den oben angeführten Synonyma.

Diese Konzeption des Inquisiten hat eine Konsequenz für die Sprecheranwesenheit bzw. Sprechernennung. Auf den Verteidiger, den "Rechtsfürsprecher", wird zwar im Schlußverhör verwiesen, er ist aber nicht anwesend. Bei leichteren Verbrechen kann der Inquisit einen Rechtsfürsprecher erst nach der Urteilsfällung verlangen, wie es in einem Zusatz zu diesem Paragraphen des Straf-Edikts festgelegt wird.<sup>40</sup>

Streng in der Terminologie sind dagegen die späteren Strafprozeßordnungen. Nach der Strafprozeßordnung der Bundesrepublik Deutschland von 1975, § 157, wird zwischen "Angeschuldigten" und "Angeklagten" unterschieden: "Im Sinne des Gesetzes ist Angeschuldigter der Beschuldigte, gegen den die öffentliche Klage erhoben worden ist, Angeklagter der Beschuldigte oder Angeschuldigte, gegen den die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen ist." Die Strafprozeßordnung von 1845, § 207, dagegen spricht von "Versetzung des Angeschuldigten in den Anklagestand" nur, wenn das Bezirksstrafgericht wegen der Schwere der Straftat oder der zu verhängenden Strafe das Hofgericht für zuständig hält. Der Terminus "Angeklagter" taucht in badischen Strafprozeßordnungen zum erstenmal in dem "Gesetz vom 5. Februar 1851, die Einführung des Strafgesetzbuches, des neuen Strafverfahrens und die Schwurgerichte betreffend" auf.<sup>41</sup> Erst über das Institut des nach angelsächsischem und französischem Muster unter dem Druck der revolutionären Ereignisse um 1848 eingeführten Schwurgerichts wird der Ausdruck "Angeklagter" in deutschen Strafprozeßordnungen gebräuchlich.<sup>42</sup> Mit der Einführung des Namens ist zugleich eine Stärkung der Position des Rollenträgers verbunden: Der prozeßrechtliche Schritt der Versetzung in den Anklagestand ermöglicht ab 1851 die Eröffnung einer "Hauptverhandlung" im modernen Sinne, als welche die Schwurgerichtsverhandlung des 19. Jahrhunderts gelten kann, bei der die Grundsätze der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit zum erstenmal in der deutschen Strafverfahrensgeschichte des 19. Jahrhunderts verwirklicht sind. Der Angeschuldigte der Strafprozeßordnung von 1845 ist dagegen noch sehr stark in ein inquisitorisches Verfahren eingebunden, was darin zum Ausdruck kommt, daß – wie bereits gesagt – die "Schlußverhandlung" nur als eine Wiederholung der vorausgegangenen Untersuchung verstanden wird. In dieser Untersuchung hat der Angeschuldigte kein Recht, die Aussage zu verweigern, ohne Gefahr zu laufen, daß dies "die Wirkung einer für seine Schuld sprechenden Anzeigung haben" kann (§ 200).

Dem noch verhältnismäßig starken inquisitorischen Anteil in der Strafprozeßordnung von 1845 scheint zu widersprechen, daß die Rollen des Anklägers und des Angeklagten als "Partheien" bezeichnet werden wie 1803 noch nicht und ab 1864 nicht mehr. Der Ausdruck "Partheien" deutet darauf hin, daß das neue Anklageprinzip mit einem Terminus ver-

deutlich werden soll, der aus dem Zivilprozeß stammt, bei dem zwei widerstreitende Parteien einer urteilenden Instanz gegenüberstehen.<sup>43</sup> Daß dieses neue Verfahrensprinzip mit einem nicht ganz zutreffenden, aber bereits anderweitig bekannten Terminus erläutert werden mußte, wird indirekt dadurch bestätigt, daß der schon erwähnte Jurist Mittermaier vor einer nur äußerlichen Nachahmung der "Anklageform" warnt, bei der die Gefahr besteht, daß Richter und Staatsanwalt lediglich "zwei Inquirenten"<sup>44</sup> sind. Der Sinn des Anklageprozesses sei der, daß von den Parteien "Eine gegen die Andere Behauptungen aufstellt, aus diesen gewisse Folgerungen und Anträge ableitet und sich bemüht, diejenigen, von denen die Entscheidung über die Anträge abhängt, von dem Dasein der Behauptungen und der Richtigkeit der Folgerungen zu überzeugen".<sup>45</sup>

Daß der Strafprozeß als reiner Parteien-Prozeß nach angelsächsischem Muster im deutschen Strafprozeßrecht nicht heimisch geworden ist, kommt auch zum Ausdruck in der Strafprozeßordnung von 1877, in der nicht von "Staatsanwalt", sondern von "Staatsanwaltschaft" die Rede ist. Hiermit wird auch im sprachlichen Ausdruck deutlich gemacht, daß der Staatsanwalt nicht Partei sein soll, sondern Vertreter eines "Rechtspflegeorgans"<sup>46</sup>, dem es aufgetragen ist, "nicht nur die zur Belastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln"<sup>47</sup>. Daß in den Strafprozeßordnungen nach 1877 der Ausdruck "Staatsanwaltschaft" in den hier herangezogenen Paragraphen wieder aufgegeben worden ist, kann darauf zurückgeführt werden, daß die Institution als Rechtspflegeorgan im allgemeinen Bewußtsein genügend etabliert war und man aus diesem Grunde auf den kürzeren und konkreteren Terminus zurückgreifen konnte.

Gegenüber der auf dieser Basis noch heute in der Bundesrepublik Deutschland gültigen Strafprozeßordnung hat die DDR seit dem Rechtspflegeerlaß von 1963, wie aus der Übersicht über Sprecheranwesenheit und Sprecherernennung ersichtlich ist, das Parteien-Prinzip im deutschen Strafprozeß wiederbelebt durch Einführung eines gesellschaftlichen Anklägers und gesellschaftlichen Verteidigers.<sup>48</sup> Das Parteien-Prinzip in der DDR-Strafprozeßordnung steht aber anders als 1845 im Dienste einer ausgesprochenen "Erziehung der Rechtsverletzter".<sup>49</sup> Dabei sind die gesellschaftlichen Ankläger und Verteidiger verpflichtet auf die seit etwa 1955 gültige Strafprozeßmaxime von der sozialistischen Gesetzlichkeit<sup>50</sup>, definiert als "dialektische Einheit von Gesetzlichkeit und Parteilichkeit"<sup>51</sup>, Neben der ideologischen Fixierung des Prozeßziels, die zu belegen ist und der hier nicht weiter nachgegangen werden soll<sup>52</sup>, wird hier im Kern ein Problem zur Sprache gebracht, das auch in der Bundesrepublik Deutschland die justizkritische Literatur beschäftigt: Wie kann die Rechtsfindung bei neuen sozialen Fällen noch rational bleiben? D. Horn hat bereits 1966 unter



kommunikationskritischem Aspekt die deskriptive, identifizierende und logisch subsumierende Verfahrensweise in der juristischen Praxis beleuchtet und dagegen die These von der imperativen Kommunikationssituation gestellt, die durch eine flexible Gesetzesanwendung besonders in neuartigen sozialen Fällen mehr Rationalität gewährleistet.<sup>53</sup>

Die sprachkritische und sprachgeschichtliche Pointe dieser Überlegungen ist folgende: Die gegenwärtige Überbetonung der syntaktischen und semantischen Aspekte der Rechtssprache unter Vernachlässigung der pragmatischen ist ein Charakteristikum entwickelter Gesellschaften, in denen es der Verständigung wegen um Präzisierungen geht bis hin zur eindeutigen Bezeichnung eines Gegenstandes. Diese Präzisierungs-Tendenz entwickelt eine Eigengesetzlichkeit, so daß z.B. von Haus aus weniger präzise Vorschriften wie z.B. die sog. unbestimmten Rechtsbegriffe<sup>54</sup> wie "Treu und Glauben", "billiges Ermessen", "gute Sitten" fälschlicherweise verstanden werden als Namen für erkennbare Sachverhalte und nicht in ihrer ausschließlich imperativen Funktion.

Die Umorientierung der Strafprozeßordnung in der DDR scheint, wenn die These Horns richtig ist, ein Versuch zu sein, die seit den Reformbestrebungen des 19. Jahrhunderts verlorengegangene imperative Orientierung über die Einbeziehung neuer Verfahrensbeteiligter (gesellschaftliche Ankläger und Verteidiger), d.h. über die Kommunikationsstruktur, in der Strafprozeßordnung zu verankern.

### c) Sprechaktbezeichnungen

Welche Auswirkungen die Verschiebung in der Sprecherkonstellation für die Sprechaktkonzeptionen haben kann, zeigt sich in der Strafprozeßordnung der DDR am Beispiel der Sprechaktbezeichnung der Verteidigung. Heißt es in der Strafprozeßordnung 1877 und der Strafprozeßordnung BRD 1975 gleichlautend: "Der Angeklagte ist, auch wenn ein Verteidiger für ihn gesprochen hat, zu befragen, ob er selbst noch etwas zu seiner Verteidigung auszuführen habe", so ist in dem entsprechenden Satz der Strafprozeßordnung DDR 1968 der Ausdruck *für ihn* gestrichen. Das Fehlen dieses Ausdrucks mag unbedeutend erscheinen, wenn im Lehrkommentar zur Strafprozeßordnung zu dieser Stelle formuliert wird: "Es steht dem Angeklagten frei, ob er von seinem Recht auf einen Schlußvortrag auch dann Gebrauch machen will, wenn sein Verteidiger *für ihn* bereits gesprochen hat"<sup>55</sup>. Allerdings ist der Wortlaut der Strafprozeßordnung gegenüber dem Kommentar der Primärtext und hat deshalb höheren Rang. Aus der Zielbestimmung der Tätigkeit der gesellschaftlichen Ankläger und Verteidiger wie der gesamten Strafverhandlung läßt sich schließen, daß die

Änderung der Sprechaktbezeichnung "für den Angeklagten sprechen" in "sprechen" beabsichtigt war, zumal es in einer für die DDR repräsentativen juristischen Publikation von K.-H. Beyer über das Strafverfahren zur Aufgabe der Verteidigung heißt: "Im sozialistischen Strafverfahren besteht kein Widerspruch zwischen den Interessen der Gesellschaft und den gesetzlich geschützten Interessen des einzelnen Bürgers. Der Verteidiger muß den Angeklagten nicht vor dem Staat der Arbeiter und Bauern schützen, denn dieser Staat ist auch der Staat des Angeklagten. Der Verteidiger wahrt seine Rechte und berät ihn."<sup>56</sup> Die stark traditionsorientierte deutsche Rechtssprache<sup>57</sup> scheint sich, was die DDR betrifft, in diesem Punkt von der hinter dieser Formulierung stehenden älteren Institution des "Fürsprechers/Vorsprechers"<sup>58</sup> gelöst zu haben.

Die Stellung des Angeklagten, die mit Einführung des Anklageprozesses um die Mitte des 19. Jahrhunderts gestärkt worden ist, findet ihren Ausdruck in der Institutionalisierung des Sprechakts "Letztes Wort". Diese Sprechaktbezeichnung erscheint in deutschen Strafprozeßordnungen zum erstenmal in der badischen Strafprozeßordnung von 1845. Die Sprechaktbezeichnung, die im deutschen Wortschatz mindestens seit dem 16. Jahrhundert vorhanden war<sup>59</sup>, fand Aufnahme in die Strafprozeßordnung in Anlehnung an den Text des Code d'Instruction criminelle von 1808, Art. 335: "... mais l'accusé ou son conseil auront toujours la parole les derniers"<sup>60</sup>. Auffällig ist, daß zunächst nur die Hälfte von 10 Ländern mit deutschsprachigen Strafprozeßordnungen um die Jahrhundertmitte den Rechtsstatus dieses Sprechakts des Angeklagten mit dem Verb "gebühren" bezeichnen<sup>61</sup>, daß aber dann seit der Reichsstrafprozeßgesetzgebung von 1877 der Ausdruck unverändert bis heute beibehalten worden ist, obwohl er heute als archaisierend verstanden werden muß.

Die Erklärung für diesen Sachverhalt liegt m.E. darin, daß mit der Strafprozeßordnung von 1877 eine stärkere Explizierung des Rechtsstatus der Sprechakte vorgenommen wird und daß dabei ein so feierlicher Ausdruck, besonders im Hinblick auf die vorher schwache Rechtsposition des Angeklagten, auf keinen Fall aufgegeben wird. Diese Tendenz soll kurz verdeutlicht werden.

Bei den Abschnitten "Schlußverhör" (1803) bzw. "Schlußvorträge" (1845 und später) werden die jeweils syntaktisch und auch pragmatisch übergeordneten Sprechakte unterschiedlich formuliert. Der rechtliche Status des jeweiligen Sprechakts kann durch explizierte Formulierungen abgesichert werden, seien es solche, die einen obligatorischen oder einen fakultativen Sprechaktvollzug bezeichnen. Zur ersten Gruppe (fakultativer Sprechaktvollzug) sind zu zählen: *gehört werden mit, gebühren, es steht frei, das Wort erhalten zu, das Recht steht zu, können*. In die zweite Gruppe

(obligatorischer Sprechaktvollzug) fallen: *haben zu, ist zu*. Bezogen auf die Strafprozeßordnungen läßt sich folgende Verteilung ermitteln:

StPO	fakultativ	obligatorisch
1803 Baden	0	0
1845 Baden	2	0
1864 Baden	3	1
1877 Deutsch.Reich	3	1
1975 BRD	3	1
1968 DDR	5	1

Damit erweist sich auch hier der Übergang zum reformierten Prozeß um die Mitte des 19. Jahrhunderts als starke Zäsur. Interessant ist der Beginn dieser Zäsur mit der Strafprozeßordnung von 1845. Diese Strafprozeßordnung enthält für diesen Abschnitt der Gerichtsverhandlung keine obligatorische Sprechaktformulierung (bei den folgenden Strafprozeßordnungen beziehen diese sich übrigens nur auf das Gericht und die Staatsanwaltschaft). Dagegen hat die Strafprozeßordnung von 1845 den Ausdruck "die Partheien werden gehört". Im Gegensatz zu den anderen Ausdrücken, die alle sprecherbezogen sind, wird hier ausdrücklich hörerbbezogen formuliert. Als Sprechaktkonzeption steht hinter diesem Ausdruck der sog. Parteien-Prozeß nach dem Vorbild des Zivilverfahrens bzw. des angelsächsischen Strafprozesses. In Teil 5 b wurde bereits darauf hingewiesen, daß diese Konzeption im deutschen Strafverfahren wieder zurückgedrängt worden ist: Ablesbar ist dies am Verschwinden des Ausdrucks "gehört werden" ab 1877 und am Wegfall des Terminus "Parteien" ab 1864.

#### d) Textsortenbezeichnungen

Zum Schluß dieser Überlegungen soll noch einmal auf die wohl wichtigste Reform der neueren Strafprozeßgeschichte, die Ablösung des Inquisitionsprozesses durch den Akkusationsprozeß eingegangen werden. Die Interferenz der Sprechaktkonzeptionen als Erscheinung des sprachlichen Wandels ist bereits am Beispiel der Bezeichnungen der Kommunikationssituation wie der Sprechernennung zur Sprache gekommen. Auch im Bereich der Textsortenbezeichnungen läßt sich dieses Phänomen belegen: So hat z.B. Mittermaier vor einer bloß oberflächlichen Praktizierung des Anklageprozesses unter Beibehaltung der überkommenen Inquirentenrollen gewarnt.<sup>62</sup> Von der entgegengesetzten, konservativen Seite wird andererseits die Reform als bloß oberflächliche Verkleidung der alten Praxis verspottet. So schreibt der Heidelberger Rechtsgelehrte C.F. Roßhirt über den Entwurf zur badischen Strafprozeßordnung von 1845: "Wir haben in der That

keinen Anklageprozeß, wenn er auch jetzt so heißt. In unserem Prozesse hat man nur die *R e l a t i o n s*-Methode verändert. ... Ein Staatsanwalt... gibt die Anschuldigung: der Vertheidiger gibt die Entschuldigung, das Gericht fängt in dem wahren Referenten mit dem voto desselben seine Urtheilfassung an. Die beiden ersten also geben die *species facti*. Natürlich fehlt etwas an der Sache: die einheitliche Arbeit in der ganzen Relation, aber es schadet nichts für das Drama: *diesjecta sunt membra poetae*, damit eine neue Darstellung in dramatischer Form erfolge."<sup>63</sup> Diese Äußerung ist zwar in sich widersprüchlich, insofern sie den Anklageprozeß grundsätzlich für möglich hält, andererseits aber dessen konstitutive Momente, die Rollenverteilung in dem Entwurf der Strafprozeßordnung von 1845, glaubt ablehnen zu müssen. Dennoch kann sie als Ausdruck eines wohl verbreiteten Ressentiments dieser Zeit angesehen werden: Roßhirt formuliert hier nicht eine Verteidigung der geschriebenen Textsorte Relation gegen gesprochene Textsorten wie Anklage und Verteidigung, die z.B. wie die Anklage nur verlesen wird, sondern spricht sich aus für die Beibehaltung der epischen Gattung der Relation gegenüber der "dramatischen Form" des Strafprozesses mit den Plädoyers. Darin spiegelt sich eine Kommunikations- und Konsenserwartung im Hinblick auf das Strafverfahren, deren Ursachen in der Rechtstheorie und besonderen juristischen Professionalisierung zu suchen sind. Dies ist aber eine Frage, deren Behandlung speziell für die Rechtspflege des 19. Jahrhunderts weiterer Untersuchung vorbehalten bleiben muß.<sup>64</sup>

## Anmerkungen

- 1 Die Situationsbedingtheit des Sprachverhaltens ist insbesondere durch die schichtenspezifisch orientierte Soziolinguistik – sozusagen gegen ihr ursprüngliches Programm – hervorgehoben worden: Vgl. C.B. Cazden 1971, S. 290 f.; W. P. Robinson 1965; G. Schulz 1973, S. 55; K.-H. Deutrich/G. Schank 1974, S. 1046 – 1056.
- 2 M. Reh binder/ H. Schelsky (Hg.) 1973.
- 3 Wunderlich 1976 b, S. 464, unterscheidet zwei verschiedene Wege für die Bestimmung der fundamentalen Sprechakte einer Sprache, die – ohne daß Wunderlich so formuliert – im Grunde mit einer "onomasiologischen" und einer "semasiologischen" Verfahrensweise übereinstimmen.
- 4 Henne 1972, S. 129 ff.; Püschel 1972, S. 115 - 121.
- 5 Tausch/Langer 1971 unterscheiden trotz fruchtbarer Ansätze nicht zwischen sprachlicher Ausdrucks- und Inhaltsseite; Winter/Schumann 1973 arbeiten trotz plausibler Ergebnisse mit nicht leicht operationalisierbaren kommunikativen Einheiten wie z.B. Suggestivfragen; Leodolter 1975 stellt bei der Materialuntersuchung den Bezug zur m.E. interessanten Pointe ihres eigenen

- theoretischen soziolinguistischen Rahmens (S. 136 ff. Verbalisierung von "interaktionsbezogenen Motiven sozialen Handelns") merkwürdigerweise nicht her, sondern benutzt einerseits phonologische andererseits dem jeweiligen Interpretationsansatz ausgesetzte interaktionelle Kriterien.
- 6 Bei Tausch/Langer 1971 scheint die Strafverhandlung durch die ausschließliche Anwendung des Kriterium der Reversibilität als reine Nettigkeitsveranstaltung verharmlost zu werden.
  - 7 Mackert 1947, S. 2.
  - 8 Ebd. S. 5, Anm. 2.
  - 9 Der badische Jurist, Karl Junghanns hat das Straf-Edikt unter dem Pseudonym Rhenanus (Hg.) 1823 veröffentlicht, Zum Autor vgl. Fr. v. Weech (Hg.): Badische Biographien, Viertes Teil, Karlsruhe 1891, S. 205 f.
  - 10 Straf-Edikt 1803, S. 3; vgl. auch ebd., S. 4.
  - 11 Ebd., S. 3.
  - 12 Müller 1900 - 1902, Teil 1, S. 63 - 66.
  - 13 Haeblerlin 1852, S. 370.
  - 14 StPO Baden 1864, S. XVII.
  - 15 StPO Deutsches Reich 1877, S. 4.
  - 16 Mackert 1947, S. 139.
  - 17 StPO DDR 1969, S. 30.
  - 18 Vgl. Steger u.a. 1974.
  - 19 Weinmann 1930, S. 127 f.; Erstes Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 16.2.1934, RGBI. I, S. 91; Allgemeine Anweisung an die Richter Nr. 2, 1946, S. 6, Ziffer 5 (für die Zeit von 1946 - 1950); StPO BRD 1950, § 268 (1), StPO DDR 1952, § 246 (1).
  - 20 Bales 1968, S. 149.
  - 21 Steger 1975a und b.
  - 22 Vgl. Henkel 1968, S. 52 ff.
  - 23 Protokolle der II. Kammer 1834/44, Bd. 6, S. 313.
  - 24 Mittermaier 1832/33, Teil II, S. 132, 135.
  - 25 Ebd., S. 125 (Hervorhebung von mir).
  - 26 Ebd., Teil I, S. 408 ff., 412, 424 ff., II, S. 144. Ausnahmen: II, S. 82 ("summarische Vernehmung mit dem Angeschuldigten"), II, S. 87 ("summarisches Zeugenverhör"), ebenso in der 4. Auflage, Heidelberg 1845/46.
  - 27 Ebd., Teil II, S. 87, Teil I, S. 387, 390, Ausnahme: Teil II, S. 87 ("summarisches Zeugenverhör"), ebenso in der 4. Aufl., Heidelberg 1845/46.
  - 28 Zachariae 1861/68, Bd. II, S. 231 ("Verhör des Beschuldigten"), S. 232 ff. ("Verhör ... oder Vernehmung des Beschuldigten"), S. 201, 240 ("Verhöre des Beschuldigten") S. 240 ("Vernehmung des Verdächtigen"), S. 243 ("Verhöre mit dem Angeschuldigten"), S. 197, 199, 200 ("Vernehmung

- der Zeugen"), S. 201 ("gerichtliche Zeugenvernehmung"), S. 206 ("Zeugenverhör"), S. 362 ("Vernehmung der Zeugen"). Im Register (Bd. II, S. 724 f.) tauchen nur die Stichwörter auf: "Verhör des Beschuldigten", "Zeugenvernehmung".
- 29 Repräsentative zeitgenössische Schriften sind: Feuerbach 1821, Mittermaier 1845.
  - 30 Vgl. Kip 1952 und Fezer 1970.
  - 31 Bad. Generallandesarchiv Karlsruhe, Abt. 303, Zugang 1908, Nr. 34 und Abt. 241, Nr. 123. Auf ein Schwurgerichtsprotokoll mußte im zweiten Beispiel zurückgegriffen werden, da die Archive nur bemerkenswerte Strafprozesse aufbewahren. In der Protokollierung besteht aber kein Unterschied zu untergerichtlichen Prozessen.
  - 32 Baumann 1972, S. 493 f.
  - 33 Sperrungen im Original.
  - 34 Bekk 1846, S. 19. Sperrungen im Original.
  - 35 Mackert 1847, S. 64.
  - 36 Als Quellen wurden benutzt für 1803: § 16 des Straf-Edikts, für die Gerichtsverhandlungen ab 1845 die Gerichtsverfassungsgesetze, die in den Ausgaben der Strafprozeßordnungen (s. Literaturverzeichnis) enthalten sind. Die Aufstellung bezieht sich nur auf die erste Instanz und nur auf die Beteiligung der Berufsrichter. Als Abkürzungen wurden verwendet: R = Richter, S = Staatsanwalt, A = Angeklagter.
  - 37 Die Urkundspersonen sind nicht ausdrücklich als Sprecher ausgewiesen. Sie bezeugen die Vorgänge des Schlußverhörs durch ihre Unterschrift.
  - 38 Adelung 1801, 4. Theil, Sp. 1003.
  - 39 Mittermaier 1832/33.
  - 40 Straf-Edikt 1803, § 17. "Zus. Ein in Untersuchung befindlicher Verbrecher kann vor g e f ä l l t e m Urtheil eine Vertheidigung durch einen Rechtsförsprecher nur verlangen, wenn es auf eine mehr als einjährige Zuchthaus- oder eine andere dem gleichgeltende oder höhere Strafe ankommt." Vgl. auch Mackert 1847, S. 22 ff.
  - 41 Z.B. § 86 in Haebelin 1852, S. 435.
  - 42 Vgl. die Sammlung von Strafprozeßordnungen der Mitte des 19. Jahrhunderts bei Haebelin 1852.
  - 43 Bei der Untersuchung der Sprechaktsbezeichnungen unter 5 c) wird dies bestätigt.
  - 44 Mittermaier 1856, S. 279.
  - 45 Ebd., S. 285.
  - 46 Baumann 1972, S. 487.
  - 47 StPO BRD 1975, § 160 (2)

- 48 Erlaß des Staatsrats der DDR über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege vom 4. April 1963, Teil IV, C 2, in: Aufgabe und Arbeitsweise der Rechtspflegeorgane, hg. v. Ministerium der Justiz, Berlin 1963:  
"Vornehmste Aufgabe des gesellschaftlichen Anklägers und des gesellschaftlichen Verteidigers ist es, die Meinung ihres Kollektivs über die Straftat und den Täter darzulegen, dem Gericht bei der Erforschung der Wahrheit und der Findung einer gerechten Entscheidung zu helfen und bei der Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte zur Verhütung weiterer Straftaten und der Erziehung der Rechtsverletzer mitzuwirken."
- 49 Siehe Anm. 48.
- 50 Bechthold 1967, S. 58.
- 51 Benjamin 1958, S. 365.
- 52 Vgl. die affirmative Sprache in "Beschluß des Plenums des Obersten Gerichts zu Fragen der gerichtlichen Beweisaufnahme im sozialistischen Strafprozeß" vom 30. Oktober 1970, in: StPO DDR 1968, S. 437:  
"Die sozialistische Parteilichkeit gewährleistet die objektive und allseitige Erkenntnis jeder Straftat. Sie liegt bei der Wahrheitsfindung im Strafprozeß in wissenschaftlich fundiert, die sozialistische Gesetzmäßigkeit strikt achtender, unvoreingenommener Beweisführung."
- 53 Horn 1966, S. 159 ff. Ähnliche Überlegungen liegen m.E. auch folgenden Arbeiten zugrunde: Lautmann 1972; Rottleuthner 1973a; Seibert 1972; Rodingen 1972.
- 54 Müller-Tochtermann 1959, S. 88.
- 55 Strafprozeßrecht der DDR 1968, S. 278.
- 56 Beyer 1967, S. 71.
- 57 Vgl. z.B. die auch in der StPO der DDR noch vorhandene, heute archaisierend klingende Wendung "Dem Angeklagten gebührt das letzte Wort."
- 58 Vgl. Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 1, Sp. 185 f. und 1336. Vgl. auch "Rechtsfürsprecher" im Straf-Edikt Baden 1803, § 17.
- 59 Grimm: Deutsches Wörterbuch, Bd. XIV 2, S. 1502.
- 60 Haeblerlin 1852, S. 40.
- 61 Vgl. Haeblerlin 1852: Österreich 1850, S. 140, § 285; Preußen 1852, S. 232 o, Art. 79; Bayern 1848, S. 259, Art. 170; Baden 1845, S. 399, § 235; Sachsen-Weimar 1850, S. 801, Art. 249.  
Braunschweig 1849 (S. 732, § 56) und Preußen 1849 (S. 221, § 136) verwenden den Ausdruck mit Bezug auf die Prozeßleitung des Vorsitzenden, und 5 Länder formulieren den Sprechakt "Letztes Wort" des Angeklagten mit folgenden Ausdrücken:  
"Stets muß jedoch dem Beschuldigten oder seinem Rechtsbeistande das letzte Wort gegeben werden" (Hannover 1850, S. 318, § 137);  
"... erhält stets der Angeklagte das letzte Wort" (Kurhessen 1848, S. 473, § 109);

„... sind hinwiederum der Angeschuldigte und sein Vertheidiger in gleicher Weise zu entgegnen befugt. Mit dieser Erwiderung soll die Verhandlung geschlossen sein“ (Württemberg 1843, S. 570, Art. 276);

„... Der Angeklagte und dessen Vertheidiger hat allemal das letzte Wort“ (Württemberg 1848, S. 620, Art. 152);

„Der Angeklagte oder dessen Vertheidiger hat aber jedesmal das letzte Wort“ (Hessen-Nassau 1848/49, S. 679, Art. 162).

62 Siehe oben Anm. 44.

63 Roßhirt 1844, S. 23, Zum Autor vgl. ADB, Bd. 29, Leipzig 1889, S. 260 - 262.

64 Für die gegenwärtige Situation hat z.B. Rottleuthner 1973a, S. 196 f. und 1973b, S. 177 f., 265 ff. das Problem formuliert.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### 1) Quellen

Allgemeine Anweisungen für die Richter, Nr. 2: Gerichtsverfassungsgesetz und Strafprozeßordnung, Göttingen 1946.

Beschluß des Plenums des Obersten Gerichts zu Fragen der gerichtlichen Beweisaufnahme und Wahrheitsfindung im sozialistischen Strafprozeß vom 30. Oktober 1970, in: StPO DDR 1968, S. 436 - 448.

Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege vom 4. April 1963, in: Aufgaben und Arbeitsweise der Rechtspflegeorgane, hg. v. Ministerium der Justiz, Berlin 1963.

Erstes Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 16. Februar 1934, RGBl. I, S. 91.

C.F.W.J. Haerberlin (Hg.) 1852: Sammlung der neuen deutschen Strafprozeßordnungen, Greifswald.

Straf-Edikt Baden 1803: Das großherzoglich-badische Straf-Edikt mit seinen Erläuterungen und Zusätzen, hg. v. Rhenanus, Mannheim 1823.

StPO Baden 1845: Strafprozeßordnung für das Großherzogthum Baden nebst Gesetzen über die privatrechtlichen Folgen von Verbrechen, die Gerichtsverfassung, den Strafvollzug im neuen Männerzuchthaus zu Bruchsal, Karlsruhe 1845 (StPO und GVG auch in Haerberlin 1852, S. 355 - 421).

StPO Baden 1864: Gerichtsverfassung und Strafprozeßordnung für das Großherzogthum Baden, hg. v. K. Ammann, Karlsruhe 1865.

StPO Deutsches Reich 1877: Die Strafprozeßordnung für das Deutsche Reich vom 1. Februar 1877 und das Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877 mit den Erläuterungen des Reichsgerichts, hg. v. P. Daude, Berlin 1886.

StPO BRD 1950: Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz in der vom 1. Oktober 1950 an geltenden Fassung, hg. v. W. Dallinger, Stuttgart/Köln 1950.



- StPO DDR 1952: Strafprozeßordnung vom 2. Oktober 1952, hg. v. Ministerium der Justiz der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1955.
- StPO DDR 1968: Strafprozeßordnung der Deutschen Demokratischen Republik und angrenzende Gesetze und Bestimmungen, hg. v. Ministerium der Justiz, Berlin 1969.
- GVG DDR 1974: Gerichtsverfassungsrecht, hg. v. Ministerium der Justiz, Berlin 1975.
- StPO BRD 1975: Strafprozeßordnung mit Einführungsgesetz und Gerichtsverfassungsvorschriften, hg. v. C. Roxin, 19. Aufl., München 1975.

## 2) Wörterbücher

- Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, hg. v. A. Erler/E. Kaufmann, Bd. 1, Berlin 1971.
- J.Chr. Adelung: Grammatisch-kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart, 4 Theile, Leipzig 1793 – 1801.
- J. u. W. Grimm: Deutsches Wörterbuch, hg. v.d. Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 16 (= 32) Bde., Leipzig 1854 – 1860.

## 3) Literatur

- R.F. Bales (1968): Die Interaktionsanalyse: Ein Beobachtungsverfahren zur Untersuchung kleiner Gruppen, in: R. König (Hg.): Beobachtung und Experiment in der Sozialforschung, 6. Aufl., Köln/Berlin, S. 148 – 167.
- J. Baumann (1972): Einführung in die Rechtswissenschaft, 3. Aufl., München.
- J. Bechthold (1967): Die Prozeßprinzipien im Strafverfahren der DDR, Bonn.
- J.B. Bekk (1846): Die Großherzoglich Badische Strafprozeßordnung, erläutert, Mannheim.
- H. Benjamin (1958): Die dialektische Einheit von Gesetzlichkeit und Parteilichkeit durchsetzen, in: Neue Justiz, S. 365.
- K.-H. Beyer (1967): Das Strafverfahren in der DDR, Berlin.
- C.B. Cazden (1971): Die Situation. Eine vernachlässigte Ursache sozialer Klassenunterschiede im Sprachgebrauch, in: W. Klein/D. Wunderlich: Aspekte der Soziolinguistik, Frankfurt a.M., S. 267 - 296.
- K.-H. Deutrich/G. Schank (1974): Redekonstellation und Sprachverhalten II, in: Sprache. Eine Einführung in die moderne Linguistik, Bd. 2, Weinheim/Tübingen, S. 1046 – 1056.
- P.J.A. v. Feuerbach (1821): Betrachtungen über die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerechtigkeitspflege, 2 Bde., Gießen.
- G. Fezer (1970): Die Funktion der mündlichen Verhandlung im Zivilprozeß und im Strafprozeß, Tübingen.
- H. Henkel (1968): Strafverfahrensrecht. Ein Lehrbuch, 2. Aufl., Stuttgart.

- H. Henne (1972): *Semantik und Lexikographie*, Berlin.
- D. Horn (1966): *Rechtssprache und Kommunikation. Grundlegung einer semantischen Kommunikationstheorie*, Berlin.
- H.-G. Kip (1952): *Das sogenannte Mündlichkeitsprinzip*, Köln/Berlin.
- R. Lautmann (1972): *Justiz – die stille Gewalt. Teilnehmende Beobachtung und entscheidungslogische Analyse*, Frankfurt a.M.
- R. Leodolter (1975): *Das Sprachverhalten von Angeklagten vor Gericht. Ansätze zu einer soziolinguistischen Theorie der Verbalisierung*, Kronberg/Ts.
- J.A. Mackert (1947): *Von der Peinlichen Prozedur zum Anklageprozeß. Beiträge zur Geschichte des Strafprozesses im Großherzogtum Baden*, Jur. Diss. Freiburg i.Br. (mschr.).
- C.J.A. Mittermaier (1832/33): *Das deutsche Strafverfahren in Fortbildung durch Gerichtsgebrauch und Partikulargesetzgebung und in genauer Vergleichung mit dem englischen und französischen Strafprozesse*, 2 Teile, 2. Aufl., Heidelberg.
- (1845): *Die Mündlichkeit, das Anklageprinzip, die Öffentlichkeit und das Geschworenengericht*, Stuttgart.
- (1856): *Gesetzgebung und Rechtsübung über Strafverfahren*, Erlangen.
- L. Müller (1900 - 1902): *Badische Landtagsgeschichte*, 4 Teile.
- H. Müller-Tochtermann (1959): *Zur Struktur der deutschen Rechtssprache. Beobachtungen und Gedanken zum Thema Fachsprache und Alltagssprache*, in: *Muttersprache* 69, S. 84 - 92.
- U. Püschel (1975): *Semantisch-syntaktische Relationen. Untersuchungen zur Kompatibilität lexikalischer Einheiten im Deutschen*, Tübingen.
- M. Reh binder / H. Schelsky (Hg.) (1973): *Zur Effektivität des Rechts (= Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie 3)*.
- W.P. Robinson (1965): *The Elaborated Code in Working Class Language*, in: *Language and Speech* 8, S. 243 – 252.
- H. Rodingen (1972): *Ansätze zu einer sprachkritischen Rechtstheorie*, in: *ARSP* 58, S. 161 – 183.
- C.F. Roßhirt (1844): *Über die Entwürfe der Gerichtsverfassung und der Strafprozeßordnung für das Großherzogthum Baden*, Heidelberg.
- H. Rottleuther (1973 a): *Richterliches Handeln. Zur Kritik der juristischen Dogmatik*, Frankfurt a.M.
- (1973 b): *Rechtswissenschaft als Sozialwissenschaft*, Frankfurt a.M.
- G. Schulz (1973): *Die Bottroper Protokolle – Parataxe und Hypotaxe*, München.
- T.-M. Seibert (1972): *Von Sprachgegenständen zur Sprache von juristischen Gegenständen. Sprachkritische Thesen zum Verhältnis von Eigenzeichen zu juristischen Zeichen*, in: *ARSP* 58, S. 43 – 52.
- Strafprozeßrecht der DDR. Lehrkommentar zur StPO der DDR vom 12. Januar 1968*, hg. v. Ministerium der Justiz, Berlin 1968.

- H. Steger u.a. (1974): Redekonstellation, Redekonstellationstyp, Textexemplar, Textsorte im Rahmen des Sprachverhaltensmodells, in: *Gesprochene Sprache*, Jahrbuch 1972 des Instituts für deutsche Sprache (=Sprache der Gegenwart 26), Düsseldorf, S. 39 – 97.
- H. Steger (1975 a): Praxisbezogener Versuch über Sprechintentionen, Paper.
- – (1975 b): Zur Klassifikation gesprochener Alltagskommunikation, Paper.
- A.-M. Tausch/I. Langer (1971): Soziales Verhalten von Richtern gegenüber Angeklagten; Merkmale, Auswirkungen sowie Veränderungen durch ein Selbsttraining, in: *Zs. f. Entwicklungspsychologie und Päd. Psychologie* 3, S. 283 – 303.
- A. Weinmann (1930): *Gutachten und Urteilsentwurf*, 6. Aufl., Berlin.
- G. Winter / K.F. Schumann (1973): Sozialisation und Legitimierung des Rechts im Strafverfahren, zugleich ein Beitrag zur Frage des rechtlichen Gehörs, in: M. Rehbinder / H. Schelsky (Hg.) 1973, S. 529 – 553.
- D. Wunderlich (1976 b): Sprechakttheorie und Diskursanalyse, in: K.-O. Apel (Hg.): *Sprachpragmatik und Philosophie*, Frankfurt a.M., S. 463 – 488.
- H.A. Zachariae (1861/68): *Handbuch des deutschen Strafprozesses*, 2 Bde., Göttingen.